



2 0 1 1

Solide Arbeit
für ein Brandenburg für alle.

← **Entscheidungen, Weichenstellungen**

Für starke Kommunen

Der Landtag hat das **Gesetz über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen** novelliert.

Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die Kommunen steigen im Jahr 2011 um rund 87 Millionen Euro. Die kreisfreien Städte erhalten 14 Millionen Euro mehr und die Landkreise zusätzliche zehn Millionen Euro.

Reiche Kommunen werden ab 2012 erstmals Abgaben für arme Gemeinden zahlen. Dazu sollen Gemeinden mit hohem Steueraufkommen einen Teil ihrer Steuereinnahmen als Finanzausgleichsumlage abgeben. Für Kommunen mit besonders hohen Bevölkerungsrückgängen wird ein Demografiefaktor bei der Berechnung der Zuschüsse des Landes eingeführt.

Mit zehn Millionen Euro will Rot-Rot ab 2012 die **Zusammenarbeit von Kommunen** fördern und neue Fusionen anstoßen. Allerdings soll es keine Kopfpauschale geben, mit der fusionierte Gemeinden je nach Einwohnerzahl Landesgeld bekommen. Daneben forcierte DIE LINKE ein ganz neues Anreiz-Modell für Fusionen. Ein Teil der wegen der guten Konjunkturlage steigenden Steuereinnahmen soll in einen Fonds fließen, aus dem die Schulden fusionierender Gemeinden teilweise bezahlt werden. Eine Strukturreform „per Gesetz“ werde es in der jetzigen Wahlperiode nicht geben

Brandenburgs **Kommunalstrukturen** kommen auf den Prüfstand. Mit ihnen wird sich eine von der CDU angeregte Enquetekommission beschäftigen, die der Landtag im April einstimmig einsetzte. Sie soll die Ergebnisse vergangener Reformen zu Ämtern, Landkreisen und Gemeinden untersuchen, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Hauptziel ist eine bürgernahe Verwaltung, die unter dem Druck sinkender Einwohnerzahlen Bestand hat. Als ein wesentlicher Punkt gilt die künftige Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen. Der Enquetekommission gehören sieben Landtagsabgeordnete und sieben Sachverständige an. Zum Vorsitzenden wählte das Parlament den Linkspolitiker und früheren Bürgermeister von Königs Wusterhausen, Stefan Ludwig. Nach einem Zwischenbericht im Sommer kommenden Jahres soll das Gremium seine Ergebnisse im zweiten Quartal 2013 vorlegen.

DIE LINKE hatte im Vorfeld auf eine zahlenmäßig größere Kommission mit je zehn Abgeordneten und Sachverständigen gedrängt, konnte sich aber nicht durchsetzen. Dafür wurde ihre Forderung erfüllt, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Sitz und Stimme bekommen.

Die Koalition will zudem die **kommunale Daseinsvorsorge** stärken. Der Landtag beschloss im April ein entsprechendes Gesetz. Damit werden für die Kommunen die Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung erweitert. Bisher galt der Vorrang der Privatwirtschaft - nun müssen Kommunen erst dann Aufgaben an Private übertragen, wenn diese wirtschaftlicher sind.

← **Bildung: Mehr neue Lehrkräfte für das Schuljahr 2012/13**

Auf Drängen der Fraktion DIE LINKE einigten sich die beiden Koalitionsfraktionen mit der Landesregierung im Juni 2011 darauf, im kommenden Schuljahr mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 einzustellen. Auch mit den ursprünglich geplanten Neueinstellungen hätte die Lehrer-Schüler-Relation von einer Lehrkraft auf 15,4 Schülerinnen und Schüler, auf die sich die LINKE und die SPD im Koalitionsvertrag geeinigt hatten, gehalten werden können. Dennoch hält die LINKE die vorzeitige Einstellung von weiteren 100 bis 150 jungen Lehrkräften für dringend geboten. Damit werden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht verbessert und es kann verhindert werden, dass junge, gut ausgebildete Lehrkräfte jetzt das Land verlassen, sich in einem anderen Bundesland Arbeit suchen und im nächsten Schuljahr dann Brandenburg nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die LINKE sieht in dieser Maßnahme einen Schritt, um dem drohenden Lehrkräftemangel vorzubeugen.

Die zusätzlich eingestellten Lehrkräfte sollen genutzt werden, um Unterrichtsausfall zu minimieren und die Voraussetzung schaffen, dass Lehrkräfte zur Fort- und Weiterbildung im Rahmen der

Vorbereitung der inklusiven Schule freigestellt werden können.

Gleichzeitig werden die Plätze für Referendare im kommenden Schuljahr um weitere 150 erhöht, so dass sich die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt dann auf 900 erhöht. Auch darin sieht DIE LINKE ein wichtiges Signal zur künftigen Deckung des Lehrkräftebedarfs.

Die Koalition hat zum Jahresbeginn das Brandenburger Schüler-Bafög-Gesetz geändert und damit **sicher gestellt, dass Schüler, die Hartz IV-Leistungen erhalten, nicht vom Bezug des Schüler-Bafög ausgeschlossen werden**. Durch die Gesetzesänderung wurde die Anrechnung des Schüler-Bafögs auf Leistungen des Bundes verhindert. Brandenburg zahlt künftig nur noch Geld für Bildungsangebote, die nicht schon vom Bund abgedeckt werden, beispielsweise für Schulbücher, Drucker, Computer, Vereinsbeiträge oder Mitgliedschaften in Bibliotheken. Bislang erhalten 1000 Jugendliche in Brandenburg Schüler- Bafög, etwa 44 Prozent aus Hartz-IV-Familien. SPD und DIE LINKE wollen mit dem 2010 eingeführten Schüler- Bafög die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung fördern und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die Nachfrage nach diesem bundesweit einmaligen Angebot ist groß. Schon in den ersten Wochen bis zum 25. November 2010 waren über 1.600 Anträge gestellt.

Kita-Wahlversprechen eingelöst: Die geplanten 900 zusätzlichen Stellen konnten zu Jahresbeginn auch tatsächlich besetzt werden. Völlig neu eingestellt wurden rund 450 Erzieherinnen und Erzieher, in die übrigen 450 Stellen traten bisherige Teilzeitkräfte ein.

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels war ein zentrales Wahlversprechen der rot-roten Koalition. Denn Kitas sollen inzwischen einen Bildungs- und nicht nur einen Betreuungsauftrag erfüllen. Statt bislang sieben hat eine Erzieherin im Krippenbereich nun rechnerisch sechs, bei den Älteren zwölf statt 13 Kinder zu versorgen.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist das Ende der Fahnenstange bei der Personalausstattung der Kitas noch nicht erreicht. „Bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten sollten weitere folgen“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der Linken Gerrit Große.

Haushalt

Im Sommer letzten Jahres hatte DIE LINKE in Brandenburg eine politische Strategie für die Bewältigung der Herausforderungen angesichts des absehbaren Rückgangs des Haushaltsvolumens in den nächsten Jahren erarbeitet („Soziale Verantwortung mit weniger Geld“); im März 2009 fand diese Strategie mit dem Leitantrag des Landesvorstandes die Zustimmung des Landesparteitages.

Ende vergangenen Jahres wurde im Landtag der **Etat 2011** beschlossen. Er sieht Ausgaben von gut zehn Milliarden Euro vor. Rot-Rot bezeichnet den Entwurf als "sozial ausgewogen". Die Ausgaben des Landes für Bildung und Arbeit steigen auf fast 1,5 Milliarden Euro und erreichen damit knapp 15 Prozent der Gesamtausgaben.

Die Koalitionsfraktionen hatten in einigen Punkten nachgebessert: Ein Plus von 43 Millionen Euro für Kitas und von 3,2 Millionen Euro für das Schüler-Bafög. Für das neue Bafög des Bundes werden die Landesmittel um 6,7 Millionen Euro aufgestockt. Die Zuschüsse zur Stärkung der Exportfähigkeit einheimischer Unternehmen steigen um 17 Prozent auf knapp 1,5 Millionen Euro. Das Geld stammt aus dem in der Finanzkrise eingeführten, aber kaum nachgefragten Hilfsfonds für Unternehmen. Die Mittel für Gemeinden und Gemeindeverbände, um regionale und kommunale Energiekonzepte zu erstellen, wachsen auf das Doppelte von 600 000 Euro. Auch soll mehr Geld fließen, um die Deichsanierung zum Hochwasserschutz zu beschleunigen, die politische Bildung und die Ausbildung von Altenpflegern zu verbessern.

Mit der Vorlage des Entwurf des **Haushaltsplans 2012** der Landesregierung ist es unter schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen rot-rot gelungen, die politischen Schwerpunktprojekte aus der Koalitionsvereinbarung weiter voran zu treiben und finanziell abzusichern. Gleichzeitig wird die geplante Neuverschuldung im Vergleich zu 2011 um weitere 170 Mio. € zurückgefahren. Dabei handelt es sich um eine Kreditermächtigung. Wie viel davon

tatsächlich in Anspruch genommen wird, wird der Haushaltsvollzug zeigen. Damit wird unbeirrt am Konsolidierungskurs mit sozialen Augenmaß festgehalten. Rot-rot wird im Jahr 2014 ohne Neuverschuldung auskommen.

An den bildungspolitischen Zielen werden keine Abstriche gemacht. So umfasst der Etat des Bildungsministeriums ohne die beschlossenen Tarif- und Besoldungssteigerungen 1,4379 Mrd. €. Im Vergleich zu 2011 macht dies eine Differenz von 1,4 Mio. € aus. Auch die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft werden 2012 im Vergleich zu 2011 um 4,8 Mio. € auf insgesamt 152,3 Mio. € aufgestockt und so der aktuellen Schülerzahl angepasst. Damit ist klar: Für die eigentliche Absicherung des Unterrichts, der Lehrerbildung/Fortbildung, der Weiterbildung und bei der Finanzierung der Kindertagesstätten gibt es keine Kürzungen in den Haushaltsansätzen!

Die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses und die in den Eckwerten 2012 noch nicht berücksichtigten so genannte Altanschießerbeiträge werden zu zusätzlichen Ausgaben führen, die aber durch die prognostizierten Steuermehreinnahmen gedeckt werden können. Gleichzeitig sind diese Ausgaben aus zusätzlichen Rechtsverpflichtungen dafür verantwortlich, dass das Haushaltsvolumen im Vergleich zu 2011 geringfügig steigen wird. Eine weitere Absenkung der Nettokreditaufnahme wird auch deshalb von der Linksfraktion abgelehnt. Dies würde zu weiteren Einschnitten bei den dringend notwendigen Investitionen des Landes führen. Am Ende würde das Land kaputt gespart.

Rechtsstaat: BVerfG bestätigt Brandenburgs Nein zum Sicherungsverwahrungs-Modell der Bundesregierung

Brandenburg hatte Ende 2010 im Bundesrat sich als einziges Bundesland gegen die derzeit geltende Neuregelungen der Sicherungsverwahrung ausgesprochen. Justizminister Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hatte verfassungsrechtliche Bedenken geäußert; die Sicherungsverwahrung unterscheide sich nicht deutlich genug von einer Strafhaft. Sie dürfe nur das letzte Mittel der Strafrechtspolitik sein. "Es muss eine Balance hergestellt werden zwischen dem Strafrecht und dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Menschen."

Diese Haltung wurde jetzt durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Berlin und Brandenburg haben bereits ein Konzept für die Sicherungsverwahrung vorgelegt. Ziel ist es, Sicherungsverwahrung durch eine individuelle Betreuung der Straftäter zu vermeiden. "Wir wollen eine wirkliche Chance eröffnen", sagte Schöneburg bei der Vorstellung. Basis einer Neuordnung der Sicherungsverwahrung soll eine qualifizierte Diagnose bereits zu Beginn der Strafhaft sein, so Schöneburg und seine Berliner Amtskollegin, Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD). Durch spezielle Therapieprogramme soll die Haft so ausgerichtet werden, dass die darauf folgende, gerichtlich angeordnete Sicherungsverwahrung vermieden werden kann.

Im Landtag Brandenburg hatte Schöneburg eine frühzeitige Therapie der Täter schon im Strafvollzug angekündigt, um die spätere Sicherungsverwahrung "möglichst zu vermeiden". Der Umgang mit den zur Sicherungsverwahrung Verurteilten sei sehr schwierig, weil sie ihre Perspektive als aussichtslos sähen, sagte der Minister weiter. Je früher mit einer Therapie begonnen werde, umso höher sei die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Prognose.

← Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm 2011 - 2014

Das Programm soll die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranbringen und helfen, strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Es ist mit anderen Schwerpunktprogrammen und Projekten der Landesregierung eng verzahnt. So wird beispielsweise der geschlechtersensible Blick bei der Fortschreibung des Familien- und Kinderpolitischen Programms, bei der Erarbeitung des Seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes, bei Maßnahmen der Arbeitspolitik sowie bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie geschärft. Das Programm ist auf beide Geschlechter gerichtet, weil ein Veränderungsprozess des Verhältnisses der Geschlechter zueinander kein einseitiger Prozess

sein kann. Damit verfolgt sie den doppelstrategischen Ansatz der Europäischen Union – der Einheit von Frauenförderung und Genderpolitik. Insofern wird dieses Programm mit dem Prozess zur landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming verzahnt. Das Landesgleichstellungsgesetz wird in diesem Sinne verändert. Bei der Erarbeitung waren alle Ressorts intensiv eingebunden; die Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat war eng. Entsprechend positiv sind jetzt die Wertungen von dort.

← **40 Projekte für „aktives Alter(n) in Brandenburg“**

Die seniorenpolitischen Leitlinien sind aktualisiert und mit 40 konkreten Maßnahmen umgesetzt worden. Die Koalition verfolgt damit eine 'Politik des aktiven Alterns. Es geht um Rahmenbedingungen, die eine Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichen Leben ermöglichen und fördern. Dies setzt auch eine altersgerechte, barrierefreie Gestaltung von Wohnraum und Infrastruktur voraus. Außerdem unterstützt die Landesregierung den Wunsch Älterer mit Pflegebedarf, so lange wie möglich im vertrauten Umfeld bleiben zu können. Ambulante Pflege hat Vorrang.

Die 40 Maßnahmen für die Zeit bis Ende 2014 setzen Schwerpunkte in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Ehrenamtliches Engagement, Gesundheit und Sport sowie Bildung, Kultur und Tourismus.

Zahlreiche Verbände, Vereine und Institutionen haben an der Entwicklung des Pakets mitgewirkt. Die bislang gültigen seniorenpolitischen Leitlinien stammen aus dem Jahre 2007.

Vergabegesetz auf dem Weg

Der unter Federführung von Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) entstandene Regierungsentwurf für ein Vergabegesetz befindet sich jetzt im parlamentarischen Verfahren. Danach sollen in Brandenburg künftig nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die eine gesondert gesetzlich festzulegende Lohnuntergrenze von mindestens 7,50 Euro pro Stunde brutto einhalten.. Heikelster Punkt war die Frage, ob die Regelung auch auf die Auftragsvergabe der Kommunen ausgeweitet werden soll. Für die Kommunen gilt, wenn sie öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben, die Mindestlohn-Regelung nun auch. Für den erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung des Gesetzes soll ein finanzieller Ausgleich gewährt werden. Das Gesetz soll auch für Aufgaben an private Dritte gelten. Für den öffentlichen Personennahverkehr wird eine Tarifreuregelung gelten.

← **InnoBB – Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg**

Die Strategie zielt darauf ab, die Hauptstadtregion zu einem einheitlichen Innovationsraum zu entwickeln und dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Im Mittelpunkt der Strategie steht der Ausbau bereits bestehender länderübergreifender Zukunftsfelder zu Clustern mit hohem Entwicklungspotenzial. Die Cluster Gesundheitswirtschaft und Energietechnik sind bereits gegründet worden. In Kürze geht das länderübergreifende Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik an den Start. Weitere Innovationsverbünde IKT, Medien, Kreativwirtschaft sowie Optische Technologien, Mikrosystemtechnik werden derzeit vorbereitet.

Die Strategie, deren Entwurf im Dezember 2010 öffentlich vorgestellt wurde, ist zwischen den Wirtschafts- und Wissenschaftsressorts beider Länder abgestimmt und wird kontinuierlich umgesetzt und weiter ausgebaut.

← **Landestourismuskonzeption 2011 - 2015**

Die brandenburgische Tourismuswirtschaft hat sich im ersten Jahr der neuen Landesregierung

sehr gut entwickelt und als krisenfest gezeigt. Basis dafür ist eine profilierende, zukunfts- und wettbewerbsfähige touristische Infrastruktur und ein professioneller, moderner Marktauftritt.

Die zukünftige Tourismusedwicklung soll nun verstärkt darauf ausgerichtet werden, die Inwertsetzung der mit hohem Aufwand etablierten Infrastruktur weiter voranzutreiben und die so geschaffenen Wertschöpfungspotenziale durch innovative und marktorientierte Produktentwicklung in vollem Umfang zu nutzen. Die Bearbeitung branchenübergreifender Themen und Herausforderungen wie Fachkräftebedarf, Mobilität und Klimawandel soll vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen und Potenziale des Tourismus zukünftig durch ein verstärkt marktspezifisches Vorgehen untersetzt werden.

Gleichermaßen von grundlegender und im Rahmen des Wettbewerbs der Destinationen steigender Bedeutung für die Tourismusedwicklung ist das Image des Landes Brandenburg.

Dieses wird jedoch nicht nur durch den Tourismus, sondern durch eine Vielzahl weiterer Faktoren und Bereiche geprägt. Nur wenn es gelingt, Brandenburg als weltoffenes Land zu präsentieren und entsprechende Erwartungen einzulösen, kann die Erschließung internationaler Marktpotenziale, für die mit der Eröffnung des Internationalen Flughafens Berlin-Brandenburg eine neue, herausragende Ausgangsbasis bereit gestellt wird, nachhaltig vorangetrieben werden.

Polizeireform

Im Landtag hat die Koalition nach der Formulierung klarer Vorgaben einstimmig die im Land umkämpfte **Polizeistruktureform** beschlossen. Rot-Rot betont, dass es keinen Anlass für Sorgen um die Sicherheit gibt. Die Polizeipräsenz in der Fläche des Landes bleibt weiterhin erhalten. Auch der Streifendienst ist im bisherigen Umfang gewährleistet und die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten wird nicht angetastet. Also werden alle 1.870 Streifenpolizisten und 549 Revierpolizisten weiter Dienst tun. Die Interventionszeiten sollen sich nicht verschlechtern. Die Reform sieht die Zusammenlegung der beiden Polizeipräsidien in Potsdam und Frankfurt (Oder) zu einem Präsidium in Potsdam vor. . Anstelle der 15 Schutzbereiche wird es künftig vier Polizeidirektionen geben.

Die konkreten Regelungen liegen nunmehr vor. Entgegen ursprünglichen Planungen sollen die Wachenstandorte als Polizeistandorte erhalten bleiben. Aus den derzeit 50 Polizeiwachen sollen künftig 16 Inspektionen und 33 Reviere gebildet werden.

Im Mai hat der Landtag die von der GdP auf den Weg gebrachte Volksinitiative und mit 97.000 Unterschriften unterstützte Volksinitiative angenommen.

Die **namentliche Kennzeichnung der brandenburgischen Polizisten** kommt im Jahr 2013. Der Innenausschuss des Landtags hat die Einführung der Kennzeichnungspflicht Anfang Mai beschlossen. Der Abgeordnete Hans-Jürgen Scharfenberg (LINKE) erinnerte daran, dass dieses Vorhaben auf Wunsch der Linkspartei in die Koalitionsvereinbarung mit der SPD aufgenommen wurde. Das Tragen von Schildern kann laut Scharfenberg Vertrauen und Bürgernähe stärken.

← Nachhaltigkeitsstrategie

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die brandenburgische Politik „am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ auszurichten. Dazu hat die Landesregierung jetzt entsprechende Eckpunkte beschlossen, die von Umweltministerin Tack unter Mithilfe des Nachhaltigkeitsbeirates vorbereitet wurden. Sie skizzieren die politische Ausgangssituation und benennen fünf Schwerpunktbereiche: Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel, zukunftsfähige Finanzpolitik und nachhaltige Bildungslandschaft. Auf dieser Grundlage wird jetzt eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, mit deren Hilfe der Gedanke der Nachhaltigkeit in der Politik verankert werden soll. Mit einer Fachkonferenz „Mehr Nachhaltigkeit für Brandenburg“ hat die Landtagsfraktion DIE LINKE den Aufschlag für eine breite öffentliche Diskussion gemacht. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Verbände und gesellschaftlicher Institutionen haben dort die Eckpunkte kommentiert und ihre Erwartungen an den Nachhaltigkeitsprozess formuliert.

← **Energiewende: Atomausstieg – Ausbau Erneuerbarer Energien – Braunkohle und CCS**

Brandenburg hat seit 2008 jetzt zum zweiten Mal den "Leitstern" gewonnen, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) für das nach ihrer Analyse **führende Bundesland beim Ausbau erneuerbarer Energien** vergeben. Von der EU-Kommission wurde Brandenburg als **Exzellenz-Region** mit einem "intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum" im Sinne der Strategie "Europa 2020" ausgezeichnet,

In wenigen Monaten wird Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) die neue **Energiestrategie** "Brandenburg 2030" präsentieren. Die jüngsten Ereignisse in Japan lassen diese Debatte nicht unberührt. "Die Debatte wird völlig neu aufgemacht", sagt LINKE-Landeschef Thomas Nord. Einerseits sei es "möglicherweise weniger schädlich Kohle zu verstromen als Atomenergie". Andererseits "ist es langfristig keine Lösung, eine Risikotechnologie durch eine andere zu ersetzen".

Angesichts der Atomkatastrophe in Japan hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition und der Grünen bereits eine **grundlegende Wende in der Energieversorgung** gefordert. Dazu gehören der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomkraft und der Ausbau erneuerbarer Energien. Im Bundesrat hat Brandenburg gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz einen **Gesetzentwurf für einen zügigen Ausstieg aus der Atomkraft** eingebracht. Ministerpräsident Platzek und Wirtschaftsminister Christoffers boten in der Länderkammer an, die Erfahrungen Brandenburgs mit seinen Windparks, Solarfeldern, Biogasanlagen und dem im Bau befindlichen Hybridkraftwerk zu nutzen.

Brandenburg hatte zudem gemeinsam mit vier weiteren Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht **gegen die ursprünglich von Schwarz-Gelb durchgedrückte längere Nutzung der Atomenergie geklagt**. Begründet worden war dies mit der hohen energie- und umweltpolitischen Bedeutung des Änderungsgesetzes. Die von der Bundesregierung 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung erschwere auch die Umstellung auf umweltschonende Energieerzeugung, wird argumentiert. Gerade auf diesem Gebiet ist Brandenburg führend. Auch die Oppositionsfraktionen im Bundestag, SPD und Grüne, klagen gegen die längere Nutzung der Atomenergie vor dem Verfassungsgericht.

Nach einer teils hitzigen Debatte über die vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) erteilte Genehmigung des Hauptbetriebsplans für die Erkundung einer Speicherstätte bei Beeskow (Oder- Spree) zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (**CCS**) bekräftigte die Landesregierung im Februar die hohen Anforderungen der Koalition an ein Bundes-CCS-Gesetz. Mit dem Positionspapier wird neben den technischen und Sicherheitsbedingungen auch erneut bekräftigt, dass es eine "Lex Brandenburg" nicht geben dürfe. Eine bundesweite Regelung dürfe keine "versteckten Ausstiegsklauseln" für Länder enthalten.

Der Landesparteitag der LINKEN bekräftigte die Position der Koalition, wie sie seit Dezember 2009 unter Federführung von Wirtschaftsminister Christoffers entwickelt worden war. Man werde die Technologie auch nicht gegen den Willen der Bevölkerung erproben. Probebohrungen würden nicht mit Hilfe der Polizei durchgesetzt werden. Forderungen nach einer Neupositionierung der Koalition setzten sich nicht durch.

Die Genehmigung des Hauptbetriebsplanes hatte zuvor Irritationen und heftige Kritik an Christoffers ausgelöst, obwohl damit noch kein Start von Erkundungsarbeiten verbunden war. Linken-Fraktionschefin Kerstin Kaiser und der Landesvorsitzende Thomas Nord sprachen in einer gemeinsamen Erklärung von einer zwar "formal juristisch begründeten" Genehmigung, die aber "in der jetzigen Situation problematisch" sei, weil unklar ist, ob die von Rot-Rot vereinbarten Mindeststandards sich in einem Bundesgesetz wiederfinden. Christoffers sicherte zu, seine Entscheidung künftig besser zu kommunizieren.

← **Rot-Rot beendet Privilegierung von Vattenfall**

Die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt soll nach dem Willen der rot-roten Landesregierung zukünftig entfallen. Das Kabinett beschloss im Rahmen der Novellierung des Wassergesetzes die stufenweise Erhöhung des Entgelts für Wasser, das für die Freihaltung von Tagebauen abgepumpt und einer Nutzung zugeführt wird. Von derzeit zwei Cent pro Kubikmeter ist 2012 eine Steigerung auf sechs Cent und ab 2014 auf insgesamt zehn Cent pro Kubikmeter geplant. Umweltministerin Anita Tack (Linke) sagte, die Privilegierung des Bergbaus, die erst 2004 eingeführt wurde, werde nun wieder gestrichen. Die Ministerin rechnet mit Zusatzeinnahmen von rund 2,5 Millionen Euro im Jahr. Diese sollen zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Aufgaben wie Gewässer- und Hochwasserschutz verwandt werden.

← **Hochwasserschutz**

Die Extremniederschläge im Sommer und Herbst 2010 und die Schneemengen im Winter 2011 führten zu einer Ausnahmesituation im Hochwasserschutz: Hochwasseralarm gab es unter anderem an Oder, Neiße, Dahme, Elster, Spree und Löcknitz. Das Oderbruch wurde von einem Binnenhochwasser heimgesucht, bei dem monatelang Keller und Äcker unter Wasser standen.

Die rot-rote Landesregierung hat einen Fahrplan zu verbessertem Hochwasserschutz auf den Weg gebracht. Bei einer vom Umweltministerium ausgerichteten Hochwasserkonferenz im Februar wurden die Hochwasserereignisse ausgewertet und Schlussfolgerungen abgeleitet. Im Vordergrund steht die Reparatur der akuten Hochwasserschäden an den Deichen. Vorbeugender Hochwasserschutz soll vor allem durch die zügige Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen verbessert werden, wobei den kleineren Flüssen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als bisher. Die Schaffung neuer Überflutungsflächen soll künftige Hochwasserschäden vermeiden helfen.

Für das Oderbruch wurde bereits im Herbst eine Arbeitsgruppe aus Akteuren des Landes und der Region eingesetzt, um dem Binnenhochwasser zu begegnen. Ein 2008 begonnenes Investitionsprogramm zur Verbesserung des Wasserabflusses wird beschleunigt. Für die laufende Gewässerunterhaltung werden wieder mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

← **Mehrheit im Landtag will unterirdische Stromkabel**

Die Koalitionsfraktionen haben mit einem Antrag im Landtag die Erdverkabelung beim Ausbau der Stromnetze präferiert. Auch Bündnis 90/Die Grünen und die FDP setzten sich dafür ein.. Die Parteien erhoffen sich so eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung sowohl für den Ausbau der Netze als auch für erneuerbare Energien. Neue Freileitungen stoßen vor Ort immer wieder auf Protest. Der jüngste Antrag fordert die Landesregierung nun auf, sich für die Beseitigung von Hindernissen bei der Erdverkabelung einzusetzen. Die anfallenden Mehrkosten sollten bundesweit umgelegt und weitere Teilerdverkabelungen für 380-kVHöchstspannungsleitungen ermöglicht werden.

Landesstraßenbedarfsplanung

Rot-Rot hat sich in Sachen Autoverkehr bewusst beschränkt – die Landesregierung setzt bei der Entwicklung des Straßennetzes auf Erhalt vor Neubau. Lediglich 18 Neubauvorhaben sollen bis 2025 gebaut werden. Damit nimmt Brandenburg Abschied von großen Plänen vergangener Zeiten: Noch 1995 waren 82 Straßenprojekte ausgerufen worden - nur 14 davon waren tatsächlich gebaut worden.

← **Wahlalter 16: SPD und Linke einig**

In Brandenburg soll das **Wahlalter grundsätzlich** auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Darauf

einigten sich die Regierungsfractionen von SPD und Linke. Damit würden bei den nächsten Landtagswahlen 2014 erstmals auch Jugendliche teilnehmen können. Bislang liegt das Wahlalter in Brandenburg bei 18 Jahren. Auch bei Kommunalwahlen und Volksabstimmungen soll künftig Wahlalter 16 gelten.

In einer Anhörung im Brandenburger Landtag haben sich Experten mehrheitlich dafür ausgesprochen, bei **Kommunalwahlen** bereits 16-Jährige wählen zu lassen. Anlass war ein entsprechender Vorschlag der FDP-Fraktion. Viele Jugendliche seien gut informiert, erklärten Vertreter des Landesjugendrings. Was in Städten und Gemeinden entschieden werde, betreffe sie direkt. Mehrere Bundesländer, zum Beispiel Sachsen-Anhalt oder Nordrhein-Westfalen, haben das Kommunal-Wahlrecht ab 16 bereits eingeführt. Auch in Brandenburg zeichnet sich eine Mehrheit ab: SPD, LINKE, FDP und Grüne sind dafür.

← **Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 1. Mai 2011**

Die Landesregierung begrüßt die Arbeitnehmerfreizügigkeit und sieht sie einerseits im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel im Land. Es gehe um Attraktivität des Arbeitsmarktes sowohl für einheimische wie für z.B. polnische Fachkräfte, heißt es in einem Bericht. Zudem müsse die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen im Rahmen der bundesrechtlichen Möglichkeiten verbessert werden.

Eine wesentliche Aufgabe sieht die Landesregierung darin, innerhalb der europarechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unsozialen Niedriglöhnen zu schützen. Berlin und Brandenburg setzten sich - auch im Konsens mit den Gewerkschaften - weiterhin gegenüber der Bundesregierung für die entsprechenden Rahmenbedingungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, insbesondere für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und seine wirksame und systematische Kontrolle in Deutschland.

Darüber hinaus müssten missbräuchliche oder rechtswidrige Entwicklungen in den Branchen, in denen osteuropäische Arbeitskräfte vorrangig tätig sind, besonders sorgfältig beobachtet werden, auch zum Schutz der entsandten Arbeitskräfte vor Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen.

Des Weiteren seien eine umfassende und mehrsprachige Informationsarbeit zu den in Deutschland geltenden sozialen Standards und Schutzrechten sowie die Sicherstellung von regionalen Ansprechpartnern für ausländische Arbeitskräfte notwendig. Die bereits bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit z. B. der Arbeitsschutzbehörden, Arbeitsagenturen und regionalen Verwaltungen soll weiter ausgebaut werden.

Die Koalitionsfraktionen in Brandenburg hatten zuvor in einer Anhörung mit Experten bestehende Probleme und mögliche Lösungswege bei der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes zum 1. Mai 2011 diskutiert. Die Anhörung machte deutlich, dass Brandenburg keine gravierende Zunahme der legalen Arbeitsmigration infolge der Arbeitnehmerfreizügigkeit erwartet. Das Arbeitsplatzangebot und die gebotene Bezahlung in der Region sei dafür nicht attraktiv genug. DIE LINKE setzt sich zudem dafür ein, einen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt beschleunigt zu schaffen.

← **Bessere medizinische Versorgung auf dem Land**

Gemeindeschwestern sollen Ärzte weiter und besser bei der medizinischen Versorgung auf dem Land unterstützen. Das neue und bundesweit einmalige Projekt "Agnes 2" startete am 1. Januar in Lübbenau, Kyritz, Bad Belzig, Cottbus und Fürstenwalde. Die neuen Versorgungsassistentinnen sollen die Ärzte auf dem Land entlasten, beispielsweise Blutdruck oder Blutzucker messen. "Vor allem die hausärztliche Betreuung von Patienten in ländlichen Regionen kann davon profitieren", sagte Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE) in Potsdam. Im Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg kümmere sich das Land um die Entwicklung und praxisorientierte Anwendung.

← **Neue Ladenöffnungszeiten**

Die Öffnungszeiten an verkaufsoffenen Sonntagen werden auf die Spanne von 13 bis 20 Uhr begrenzt. Bisher hatten Geschäfte zwischen 11.00 und 20.00 Uhr sieben Stunden öffnen können.

← **Land strebt Kauf von Seen an**

Das Land Brandenburg will dem Bund die Seen abkaufen, die sich noch in dessen Besitz befinden. Dazu laufen derzeit Verhandlungen mit der BVVG. Die noch im vergangenen Jahr von der rot-roten Landesregierung geforderte kostenlose Übertragung scheiterte an der Haltung der Bundesregierung. Das Bundesfinanzministerium hat Brandenburg eine Liste mit 143 Gewässern vorgelegt, darunter 83 Seen.

Brandenburg will auf jeden Fall sichergestellt haben, dass die Seen nicht an Privatpersonen gehen. Nach dem Kauf soll zuerst mit den Kommunen über die weitere Nutzung der Gewässer geredet werden. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zum Wasser, sondern auch um die Fischerei. Die Privatisierung ostdeutscher Gewässer sorgt seit langem für Streit. Bis 2009 hatte der Bund sie meistbietend verkauft.

← **Neues Richtergesetz**

Der Landtag hat ein neues Richtergesetz beschlossen. Damit würden die Länder Brandenburg und Berlin auf dem Gebiet der Justiz noch enger zusammengeführt, sagte Justizminister Volkmar Schöneburg (LINKE). Die Neuregelungen betreffen unter anderem die Ernennung und Versetzung von Richtern, die personelle Zusammensetzung und die Entscheidungsfindung des Richterwahlausschusses.

← **Lobby-Register für Brandenburg**

SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam die Erarbeitung eines öffentlichen Registers der Interessenvertretung auf den Weg gebracht. Dabei will man mehr als nur eine öffentliche Liste von Lobby-Organisationen, wie sie der Bundestag führt und die CDU forderte. Unter Mitwirkung der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände sollen im Landtag bis Februar 2012 entscheidungsreife Vorschläge entstehen.

← **Bodenreform-Affäre: Land an Erben zurück**

Im Dezember 2007 hatten die obersten Bundesrichter Brandenburg und der damaligen Landesregierung in einem Urteil vorgehalten, sich in sittenwidriger Weise früheres Bodenreformland angeeignet zu haben. Die Grundstücke hatten nach 1990 an die Erben früherer Neubauern zurückgegeben werden sollen. In den Fällen, in denen sich keiner meldete, gingen die Flächen zunächst in die Verwaltung der Länder über. Brandenburg hatte sich unter der Vorgängerregierung vor Ablauf der gesetzlichen Frist im Oktober 2000 in etwa 7400 Fällen als Eigentümer ins Grundbuch eintragen lassen.

Unter Finanzminister Helmuth Markov (LINKE) wurde die Suche nach Erben weiter intensiviert. Bislang gingen rund sechs Prozent der Grundstücke an die Erben - 434 der etwa 7400 Grundstücke. In weiteren 2762 Fällen steht nach Aussage des Finanzministeriums zumindest der einstige Eigentümer wieder im Grundbuch, auch wenn die Erben noch nicht ermittelt sind.

Finanzminister Helmuth Markov hat angekündigt, die zu Unrecht angeeigneten Flächen aus der Bodenreform so schnell wie möglich wieder abzugeben und will die Suche nach rechtmäßigen Erben erleichtern. Bis zum Sommer 2011 sollen entsprechende Streichungen aus den Grundbüchern beantragt und die Flurstücke öffentlich bekannt gegeben werden, so dass Eigentümer ermittelt werden können.

← **Regelung für Tierkörperbeseitigung gefunden**

Mit dem Haushalt 2011 wollte das Land ursprünglich seine finanzielle Beteiligung an der Beseitigung toter Tiere aus Landwirtschaftsbetrieben einstellen. Insbesondere die SPD machte sich jedoch den Druck der Betroffenen zu eigen, so dass nun künftig das Land und die Kreise je 20 Prozent der Kosten (zuvor je ein Drittel) und die Landwirte die restlichen 60 Prozent zu finanzieren haben. Insgesamt kostet die Beseitigung toter Tiere aus Landwirtschaftsbetrieben jährlich rund 7,5 Millionen Euro.

← **Konfliktlinien**

← **„Arbeit für Brandenburg“ – Bundespolitik gefährdet ÖBS**

Dem Programm „Arbeit für Brandenburg“, mit dem in Brandenburg Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige und überjährige Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor eingerichtet werden, bricht wegen bundespolitischer Fehlentscheidungen die finanzielle Grundlage weg. Das Land stellt 40 Millionen Euro bereit, um Bundesprogramme so aufzustocken, dass die Betroffenen einen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro erhalten. Eigentlich sollten damit 6500 öffentlich geförderte Stellen bis 2013 entstehen. Doch dafür fehlt nach den Sparbeschlüssen der Bundesregierung nun Geld; das Programm „Bürgerarbeit“ eignet sich kaum als Basis für den ÖBS.

Für DIE LINKE bleibt eine Existenz sichernde Entlohnung das entscheidende Kriterium des Programms „Arbeit für Brandenburg“.

← **Brandenburg scheitert im Bundesrat mit Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn**

Die SPD-geführten Bundesländer haben im Bundesrat erneut einen Vorstoß zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes unternommen. Ein Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie Berlin, Brandenburg und Hamburg fand jedoch erwartungsgemäß keine Mehrheit. Ein allgemeiner Mindestlohn sollte nach dem Willen der Antragsteller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern ein existenzsicherndes Einkommen sichern. Festgelegt werden sollte er von einer Kommission unter Beteiligung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Wissenschaftlern. Die Lohnuntergrenze sollte zugleich Teilzeitbeschäftigte vor Niedriglöhnen schützen.

← **Flächen für ortsansässige Landwirte sichern**

Brandenburg wird sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, die Verwertungspraxis der BVVG dahingehend zu ändern, dass die Grenze für den Direkterwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Pächter erhöht wird. Einen entsprechenden Antrag hat der Landtag beschlossen. Die rot-rote Koalition will dass die Privatisierungspraxis landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG am Ziel des Erhaltes gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen und wettbewerbsfähiger Betriebe ausgerichtet wird. Eine Erhöhung der Grenze etwa von 450 ha auf 650 ha würde es den größeren Betrieben ermöglichen, mehr Flächen für die eigene Produktion zu sichern, und würde den Umfang der Fläche vermindern, die öffentlich ausgeschrieben werden muss.

← **Fortschreibung der Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen**

In einem von allen Fraktionen getragenen Antrag setzt sich der Landtag dafür ein, wegen der hohen Bedeutung einer Altschuldenentlastung für den weiteren erfolgreichen Fortgang des Stadtumbaus Ost unverzüglich eine verbindliche Anschlussregelung zur bisherigen

Altschuldenentlastung herbeizuführen. Abrisse, die im Vorgriff auf diese Anschlussregelung durchgeführt werden, sollen als förderunschädlich betrachtet werden, auch wenn dies zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Förder- oder Entlastungszusage darstellt. Die Anschlussregelung soll spätestens ab dem Haushaltsjahr 2012 einsetzen und für die gesamte Laufzeit des Programms Stadumbau II, also bis 2020, gelten.

Schatten der Vergangenheit

Im Zentrum von "**Stasi-Enthüllungen**" stehen **Polizei und Justiz** des Landes. Zwei Wachenleiter und der Pressesprecher der Cottbuser Polizei wurden durch Enthüllungsgeschichten in den Medien früherer IM-Tätigkeit bezichtigt. Einer Sozialrichterin wurde vorgeworfen, wegen früherer Stasi-Kontakte dürfe sie in Fällen von Opfern politischer Verfolgung in der DDR entscheiden.

Justizminister Schöneburg (LINKE) musste im Rechtsausschuss die von seiner CDU-Amtsvorgängerin übernommenen Zahlenangaben über RichterInnen, StaatsanwältInnen und Vollzugsbeamte mit früherer Stasi-Verbindung nach oben korrigieren. Eine erneute Generalüberprüfung aller in der Justiz Beschäftigten lehnen Schöneburg und die LINKE ab. Bei Staatsanwälten und Vollzugsbeamte ist dies rechtlich nicht mehr möglich, bei rd. 850 Richtern angesichts von 13 bereits bei deren Wahl bekannten Fällen von Stasi-Kontakten nicht verhältnismäßig.

Innenminister Woidke (SPD) streitet mit dem neuen BstU-Chef Jahn darüber, dass er Vorwürfe aus den Medien erfährt, aber keinerlei Möglichkeiten bekommt, diese anhand der Akten zu überprüfen. Jahn selbst drängt Brandenburg zu einer neuen Regelanfrage. Die Diktatur-Beauftragte des Landes, Ulrike Poppe, sieht unter dem vergangenheitspolitischen Druck Bewegung im Land, das immer wieder als "kleine DDR" mit zu wenig kritischer Distanz zur Geschichte dargestellt wird.

Neuester Fall von "Stasi-Enthüllungen" ist der OB-Kandidat der SPD für die Stadt Brandenburg/H. Hier streiten Frau Poppe und die SPD über die Frage, ob der Kandidat angesichts nicht vorliegender Verpflichtungserklärung und anderer offener Fragen als IM anzusehen ist oder nicht.

Die Grünen haben die Vorgänge zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Landtag (Mai 2011) gemacht und dazu einen Entschließungsantrag eingebracht, der auf eine erneuten Generalüberprüfung aller Richter zielt und die Angelegenheit zudem an die Enquete-Kommission überweist.

Die **Enquete-Kommission** zum Umgang Brandenburgs mit der DDR-Geschichte und zum Transformationsgeschehen seit 1990 ist vor der Sommerpause in die bislang schwierigste Phase ihrer Arbeit eingetreten. Gutachten und Diskussionen in der Enquete zeichneten bisher ein differenziertes Bild und ließen keine einseitige Politisierung zu. Das Bild von Brandenburg als einem Land, in dem frühere DDR-Eliten und Stasi-Mitarbeiter hofiert werden und das sich einer kritischen Sicht auf die Vergangenheit verweigert, hat die Enquetekommission nicht bestätigt. Im Gegenteil: Erst in der jüngsten Sitzung zeigte sich, dass an den brandenburgischen Schulen und Hochschulen, in der beruflichen Bildung und in der politischen Bildung die Auseinandersetzung mit der DDR, mit der friedlichen Revolution und mit der Wiedervereinigung ein stets präsent Thema ist. Das Gewicht dieser Themen hat seit dem Amtsantritt der rot-roten Regierungskoalition sogar noch zugenommen. Seitens der Oppositionsvertreter und der von ihnen vorgeschlagenen Gutachter wird dennoch mit Nachdruck am Bild von der "kleinen DDR", dem "Schweigekartell", der mangelnden kritischen Aufarbeitung und mangelnder Unterstützung der Opfer sowie vom Vorhandensein "alter Seilschaften" gearbeitet. DIE LINKE wie die Koalition insgesamt erwarten, dass es in der Kommission tatsächlich um unser Land Brandenburg, um seinen gesellschaftlichen Weg in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geht – und nicht darum, längst verlorene parteipolitische und ideologische Schlachten noch einmal zu schlagen.

Die Enquetekommission muss stattdessen ihre Arbeit solide zu Ende führen. Das ist wichtig, denn sie deckt in der Tat Lücken und Fehlentwicklungen auf. Das betrifft auch die Wiedergutmachung gegenüber den Betroffenen stalinistischer Verfolgung – was besonders schmerzlich ist. Hier kann und muss das Land schnell handeln – etwas bei der Einführung von Widerspruchsmöglichkeiten gegen Entschädigungsbescheide. Gezeigt hat die Debatte in der Kommission zugleich, dass hier nicht allein das Land alles heilen kann, sondern dass auch der Bund weiter gefordert bleibt.

← **Streit um Umgang mit EU-Geldern**

In einem Streit über den Umgang mit EU-Fördermitteln hat die Opposition den Rücktritt von Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) verlangt. Begründung: Das Grundvertrauen sei nicht mehr vorhanden, weil Markov das Parlament über eine seit Herbst 2010 bestehende Sperre von EU-Fördermitteln nicht informiert habe. Laut Markov handelte es sich um eine "Zahlungsunterbrechung" von 42,6 Millionen Euro aus dem Strukturfonds „Efre“. Diese Gelder würden aber schon bald nach einer Prüfung der Verwendungskontrolle ausgezahlt, sagte er auf einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses im Landtag. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) betonte, dass die Zahlungsunterbrechung auf die Investitions- und Fördertätigkeit des Landes keinen Einfluss hatte.

← **Schulen in freier Trägerschaft**

Mit einer Volksinitiative "Schule in Freiheit" machen sich die Schulen in freier Trägerschaft und deren Anhänger gegenüber der Landesregierung stark. Die Initiatoren fordern, dass künftig 85 Prozent der Gesamtkosten übernommen werden, wie es etwa in Hamburg und Nordrhein-Westfalen bereits der Fall ist. Zugleich geht es um eine größere Unabhängigkeit der Schulen – aller Schulen, auch der staatlichen. Sie sollen künftig selbstständig über ihr Personal und die Verwendung der Gelder entscheiden dürfen.

Hinter der Initiative stehen die Arbeitsgemeinschaft Freie Schulen Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Bürgerinitiative Omnibus für direkte Demokratie. Unterstützt wird sie auch von den drei Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne.

Die LINKE in Brandenburg ist für Schulvielfalt incl. freie Schulen – sieht die aber im Land auch als gegeben an. Zugleich hält sie daran fest, dass Bildung in erster Linie eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und dementsprechend in allen Landesteilen ein erreichbares öffentliches Angebot vorgehalten werden muss. Hier aber gibt es bereits Probleme.

Während zwischen 2004 und 2008 fast 200 öffentliche Schulen geschlossen wurden (von 935 auf 738) wurden fast 50 Schulen in freier Trägerschaft (von 109 auf 158) zugelassen. Heute gibt es bereits 166 Schulen in freier Trägerschaft. Die einzigen finanziellen Aufwüchse gab es bei den Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft.

Jetzt geht es nach Ansicht der LINKEN darum, annähernd gleichartige Wettbewerbsbedingungen für öffentliche und private Schulen zu schaffen – die einen dürfen nicht auf Kosten der anderen „ausgeblutet“ werden. Und es muss ein qualitativ gutes Angebot an öffentlichen Schulen vorgehalten werden. Gleichwertige Bedingungen sind zu schaffen, z.B. vorgeschriebene Klassengrößen und Mindestschülerzahlen bei öffentlichen Schulen – freie Dispositionen bei freien Schulen.

← **Schöneburg gegen Gerichtsgebühr**

Justizminister Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hat die Forderungen der CDU nach einer Gebühr für Klagen vor den stark ausgelasteten Brandenburger Sozialgerichten abgewiesen. Der Zugang zu einem schnellen und fairen Gerichtsverfahren dürfe nicht vom Geldbeutel abhängig sein, sagte Schöneburg. Im Jahr 2009 seien mehr als die Hälfte der knapp 8400 Klagen von Hartz-IV-Empfängern in Brandenburg erfolgreich gewesen. Deshalb könne kein Missbrauch unterstellt werden, wie es die CDU tue, sagte Schöneburg weiter.

← **Abwasser: Belastungen für Altanschießer - LINKE kämpft weiter**

Eigenheimbesitzer, deren Grundstücke vor dem 3. Oktober 1990 Trink- und Abwasseranschlüsse erhalten haben, kommen voraussichtlich um nachträgliche Beitragszahlungen nicht herum. Die

LINKE ist zwar nach wie vor dafür, dass die Altanschießer nicht zahlen müssen. Sie kann sich aber gegenüber ihrem Koalitionspartner SPD in dieser Frage nicht durchsetzen. Die SPD sei leider nicht bereit, das Gesetz zu ändern, das sie einst mit der CDU beschlossen habe, bedauerte [Stefan Ludwig](#). Die SPD halte das Gesetz weiterhin für »zweckdienlich«, sagte der Vizevorsitzende der Linksfraktion im Landtag. Die LINKE setze nun darauf, dass die Altanschießer nicht die vollen Beiträge, sondern nur reduzierte Beträge zahlen müssen. Das geltende Gesetz eröffne diese Möglichkeit.